

Resolution zum geplanten Investitionsstop für die Wasserstraßen

Verantwortlich: Initiative „Weitblick – Binnenschifffahrt PLUS“ und das LNBB | LogistikNetz Berlin-Brandenburg

Im Zuge notwendiger Einsparungen plant Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, den zukünftigen Ausbau und Erhalt der Bundeswasserstraßen maßgeblich von der Höhe des Verkehrsaufkommens auf den jeweiligen Wasserstraßen abhängig zu machen. Für das Einzugsgebiet der Elbe mit dem derzeit vergleichsweise geringen Verkehrsaufkommen bedeutet das, dass sämtliche beschlossene Erweiterungen der Binnenschifffahrtswege nicht durchgeführt werden.

Der weitere Ausbau der Bundeswasserstraßen im Elbestromgebiet ist für die nachhaltige wirtschaftliche Nutzung notwendig und darf daher nicht aufgeschoben werden.

Die Verfasser und Unterstützer der Resolution fordern eine Rücknahme dieser geplanten Vorgehensweise. Folgende Kritikpunkte sind zu bedenken:

- **Drei Milliarden Euro wären nutzlos ausgegeben.**

Bisher wurden in den neuen Bundesländern drei Milliarden Euro in den Ausbau der Binnenwasserstraßen investiert, davon 1,5 Milliarden Euro bis Ende 2009 im Rahmen der Verwirklichung des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit 17. Das bedeutet: Werden die notwendigen Erweiterungen nicht ausgeführt, waren auch die bisher neu gebauten Schleusen, Brückenanhebungen, Hafenerweiterungen und anderen Maßnahmen völlig umsonst.

- **Keine Entlastung für den drohenden Verkehrsinfarkt auf den Straßen.**

Die Unternehmen im gesamten betroffenen Gebiet haben Transporte per Binnenschiff fest in ihre Logistikkonzepte eingeplant. Ein Ausweichen auf die Schiene ist wegen fehlender Gleisanschlüsse und unzureichender Kapazitäten oft nicht möglich. Deshalb würden die Transporte zum größten Teil über das ohnehin schon überlastete Straßennetz erfolgen. Darüber hinaus lassen sich insbesondere übergroße, sperrige Güter nicht ohne weiteres per Lkw befördern.

- **Negative Auswirkungen auf die Wirtschaft sind unvermeidbar.**

Nicht zuletzt aufgrund der in Aussicht gestellten Verkehrsoptimierungen im Bereich Binnenschifffahrt haben Unternehmen sich entschieden, Werke in den neuen Bundesländern zu betreiben. Die Wirtschaft ist auf eine gut funktionierende Binnenschifffahrt angewiesen, der schnelle und günstige Transport ist wesentlich für den Erfolg.



Folgende Branchen sind besonders betroffen:

- Energiewirtschaft und Kraftwerksbetreiber
- Hersteller von Windenergieanlagen
- Hersteller von Transformatoren und Turbinen
- Stahlindustrie
- Landwirtschaft
- Baustoffhersteller
- Chemische Industrie
- Holzwirtschaft
- Papierindustrie

- **Der Arbeitsmarkt wird belastet.**

Durch die Pläne des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sind in der verladenden Industrie sowie der Schifffahrts- und Hafenwirtschaft 1.000 Arbeitsplätze unmittelbar gefährdet. Wenn zudem Unternehmen, die für die Beförderung ihrer Güter auf Wasserstraßen angewiesen sind, ihre Standorte schließen, würden hier schnell bis zu 10.000 Stellen wegfallen. Umgekehrt würde sich eine Fortführung der geplanten Maßnahmen positiv auswirken: 1.000 neue Arbeitsplätze könnten in den bereits bestehenden Unternehmen hinzukommen, durch Neuansiedlungen im Zuge der guten Verkehrsanbindung per Binnenschiff könnten weitere 5.000 Arbeitsplätze entstehen.

- **Die Umweltemissionen steigen.**

Wird eine weitere Verlagerung des Güterverkehrs auf die Binnenschiffahrtswege blockiert, werden mehr Transporte über Straße und Schiene abgewickelt. Falls sich der Gütertransport im ostdeutschen Fluss- und Kanalsystem nur um fünf Millionen Tonnen pro Jahr reduziert, hätte das eine Erhöhung des CO₂-Ausstoßes um 260.000 Tonnen jährlich zur Folge.

- **Die EU-Forderung nach paneuropäischen Verkehrskorridoren wird nicht erfüllt.**

Die Pläne des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung untergraben das Ziel der Europäischen Union, auf den paneuropäischen Verkehrskorridoren einen ausgeglichenen Modal Split herbeizuführen. Transporte per Binnenschifffahrt nach Polen und Tschechien, die Schiene und Straße weiter entlasten sollten, werden unmöglich.



LOGISTIKNETZ
BERLIN-BRANDENBURG



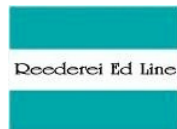
Sehr geehrter Herr Minister Vogelsänger,

lassen Sie nicht zu, dass diese negativen Folgen Realität werden!

Die geplanten Neubauten und Erweiterungen sind für eine leistungsfähige Binnenschifffahrt in Berlin-Brandenburg existenziell. Machen Sie sich in der Verkehrsministerkonferenz stark für eine bessere Infrastruktur und mehr Wirtschaftswachstum in Berlin-Brandenburg!

Die Unterstützer der Resolution:

Unterstützung für die Resolution aus Berlin-Brandenburg:



Unterstützung für die Resolution aus anderen Bundesländern und internationale Unterstützung:

- Hafen Dresden
- Hafen Hamburg Marketing
- Elbstromverein
- Odratrans Polen